

Ein Gesetz für die Menschen

CDU-Landtagsabgeordnete informierten sich über Folgen eines schärferen Deichgesetzes

tk. Estebücke. „Das muss man mit eigenen Augen sehen“, sagte Helmut Dammann-Tamke, CDU-Landtagsabgeordneter aus Ohrensen, zu einigen Fraktionskollegen aus dem Umweltausschuss des Landtags beim Orts-termin am Donnerstagmittag in Estebücke auf dem Estedeich. Eine Verschärfung des niedersächsischen Deichgesetzes hätte fatale Folgen: „Dann müssten hier Häuser weg“, betonte Rainer Podbielski von der IG Este. Auch innerhalb der 50-Meter-Schutzzone würde bei konsequenter Anwendung der Bestimmungen in vielen Fällen der Abrissbagger anrücken müssen. „Das geht in der Praxis gar nicht“, sagte selbst Oberdeichrichter Wilhelm Ulferts von der II. Meile Alten Landes.

Mit einem Entschliessungsantrag will die CDU erreichen, dass es ein Deichgesetz gibt, das den Bürgern nutzt, so Dammann-Tamke. Mit einer Vielzahl von Erklärungen unterstützen Kommunen und Verbände diesen Vorstoß und fordern ebenfalls Bestandsschutz für alles



Rainer Podbielski (re.) erklärt den CDU-Landtagsabgeordneten die Situation am Estedeich



Und darum geht es: Eine Deicherhöhung käme hier dem erzwungenen Abriss der Häuser gleich

auf und hinter dem Deich. Podbielski rechnete vor: Zehn Prozent der Menschen im Alten Land lebten auf dem Deich, 25 Prozent innerhalb der 50-Meter-Zone. „Ein Drittel der Bevölkerung ist also betroffen.“ Neben

einer Grundschule sind das auch drei Kirchen.

Was sowohl die IG Este als auch die CDU-Landtagsfraktion erstaunlich finden: Nur wenige Meter hinter der Landesgrenze, in Cranz, geht das Land Hamburg weitaus behutsamer mit den Menschen an der Este um. Den Hochwasserschutz leiste das Sperrwerk.

Oberdeichrichter Ulferts zeigte auf die Häuser rechts und links der Este. „Seit 2006 müsste der Deich hier vier Meter hoch

sein.“ Die faktisch Höhe dort, wo sich die Abgeordneten trafen, liege aber bei 3,31 Metern. Eine Deicherhöhung sei an dieser Stelle bei der gewachsenen historischen Bebauung gar nicht möglich. Der Oberdeichrichter warb daher für eine vernünftige Wasserrückhaltung.

Was spürbar ist: Sowohl zwischen Deichverband und den Initiativen wie „Deichbürger 13“ oder der „IG Este“ als auch der Stadt Buxtehude, die selbst Minideiche im Stadtgebiet plant, ist der Umgangston miteinander entspannter geworden. Nach Jahren des Streits redet man miteinander. Einstimmig hat etwa auch der Buxtehuder Rat die Forderung nach einem Deichgesetz im Sinne der Menschen unterstützt.

„Diese Sicht muss sich jetzt nur noch bei der Regierung und vor allem im Umweltministerium durchsetzen“, sagte Martin Bäumer, umweltpolitischer Sprecher der CDU-Landtagsfraktion. Und Helmut Dammann-Tamke betonte: „Diese Initiative ist nicht parteipolitisch.“ Sie solle Deichsicherheit und das berechnete Interesse der Menschen miteinander in Einklang bringen.